

KAG FLUGHAFEN FRANKFURT



KAG

KAG Flughafen, Postfach 1464, 64504 Groß-Gerau

Geschäftsleitung

Stefanie Luley

Telefon: 06152/989-684 Fax: 989-403

E-Mail: kag-ffm@gmx.de

16.09.2008

Az.: IV/2-Lu

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 03.09.08

Ort: Landratsamt Groß-Gerau
Leitung: Herr Erster Kreisbeigeordneter Thomas Will (Kreis Groß-Gerau), Vorsitzender der KAG
Teilnehmer: vgl. Anwesenheitsliste
Beginn: 10.00 Uhr
Ende: 11.40 Uhr

Tagesordnungspunkte:

1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 28.11.07
2. Sachstand Klagen
3. Forum Flughafen und Region (Nachfolge des RDF)
4. Verschiedenes
- 4.1 Flughafenkonzept der Bundesregierung (Resolutionsentwurf)

zu TOP 1 – Begrüßung und Genehmigung des Protokolls

Herr Will begrüßt die Anwesenden zur KAG Mitgliederversammlung. Besonders begrüßt er Herrn Bürgermeister Quilling (Neu Isenburg), der zu Top 3 „Forum Flughafen und Region“ berichten wird, sowie Herrn Faulenbach da Costa (Stadt Offenbach), der zum neuen Flughafenkonzept der Bundesregierung informieren wird. Die Tagesordnung wird zu Top 4 Verschiedenes entsprechend ergänzt (Top 4.1 Neues Flughafenkonzept der Bundesregierung). Die geänderte Tagesordnung wird genehmigt, ebenso das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung.

zu TOP 2 – Sachstand Klagen

Herr Ockel berichtet, dass der VGH plant, aus den eingegangenen Klagen zum Planfeststellungsverfahren stellvertretend 4-5 Kommunen und 2-3 Privatkläger herauszusuchen. Diese „Musterklagen“ werden voraussichtlich Ende 2008 / Anfang 2009 behandelt. Über die übrigen Klagen soll erst später entschieden werden. Diese Vorgehensweise stößt bei den betroffenen Kommunen auf Kritik und Gegenwehr. Zu diesem Thema und zur Abklärung strategischer Fragen gab es jüngst einen Termin mit der Stadt Offenbach.

Herr Weiß berichtet, dass das geplante neue Terminal 3 nach neuesten Informationen erst bei oder nach Inbetriebnahme der Bahn 2015 gebaut werden soll. Frühere Planungen gingen von zeitgleicher Inbetriebnahme von Landebahn und Terminal aus. Herr Faulenbach da Costa vermutet, dass dies mit finanziellen Problemen der Fraport AG zusammen hängen könnte. Den Artikel aus der Zeitung Aero International finden Sie im Anhang.

zu TOP 3 – Nachfolge RDF: Forum Flughafen und Region

Zu diesem Tagesordnungspunkt trägt Herr Bürgermeister Quilling (Stadt Neu Isenburg) vor. Herr Quilling erläutert zunächst die Entstehungsgeschichte des Forums Flughafen und Region (FFR). Er berichtet, dass eine Fortführung des Dialogs zum Beispiel von der Luftverkehrsseite ursprünglich nicht unbedingt gewünscht wurde. Er plädiert für das Forum, als einzige Möglichkeit der Kommunen, Einfluss zu nehmen.

Als nächstes stellt Herr Quilling die Struktur des FFR vor (zur Struktur des FFR finden Sie im Anhang zwei Folien). Im Koordinierungsrat sind gegenüber dem ursprünglichen Konzept noch zwei Mitglieder neu hinzugekommen: Die Lufthansa und die Stadt Frankfurt (Frau Dr. Rottmann). Neu ist auch Herr Bürgermeister Ockel (Stadt Kelsterbach) als Mitglied der Expertengruppe Aktiver Schallschutz.

In den nächsten Tagen soll ein Schreiben von Prof. Wörner an die Kommunen gehen, in welchem die Bereitschaft der Kommunen zur Mitarbeit im Konvent abgefragt wird. Es haben auch schon einige Kommunen und Institutionen im Vorfeld Interesse an der Mitarbeit im Konvent bekundet.

Herr Will ergänzt, dass der KAG Vorstand im Juli ein Schreiben an den Hessischen Ministerpräsident geschickt hat, indem die KAG Flughafen ihr Interesse an einer Mitarbeit im FFR bekundet hat.

Herr Quilling berichtet weiter von Problemen, da die Geschäftsstelle des FFR momentan noch nicht besetzt ist, mittelfristig ist eine gemeinsame Geschäftsstelle von FFR und Fluglärmkommission geplant. Zukünftig soll die Geschäftsstelle des FFR im Umwelthaus integriert werden. Das Umwelthaus wird voraussichtlich in Kelsterbach untergebracht, vorübergehend stehen Räumlichkeiten am Flughafen (Intercity-Haus) zur Verfügung. Für das FFR sind im Haushalt Mittel von 500.000,-€ bereit gestellt.

Herr Will eröffnet nach dem Vortrag von Herrn Quilling die Diskussion. Er stellt fest, dass es in Wiesbaden eine klare politische Zielsetzung (Ausbau) gibt, die auch nach einem politischen Wechsel Bestand haben dürfte. Er hält es für wichtig, dass die Kommunen ihre eigene Position vertreten und im Dialog bleiben.

Herr Jühe hält es ebenfalls für unverzichtbar, dass sich die Kommunen in das FFR einbringen und ihre Positionen (z.B. Aktiver Schallschutz hat absoluten Vorrang) dort vertreten. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Sammlung der Kommunalen Lärmentlastungsvorschläge hin, die von der Fluglärmkommission erarbeitet wurde. Schließlich betont er, wie wichtig eine gemeinsame und ständig besetzte Geschäftsstelle der FLK / des FFR sei.

Herr Quilling erklärt, dass der Fluglärm auch ohne den Ausbau zugenommen hat und weiter zunehmen wird. Daher ist er der Meinung, dass das FFR auch unabhängig vom Ausbau gebraucht wird.

Herr Schwarz (Stadt Hattersheim) kritisiert, dass der KAG Vorstand ein Schreiben an den Hessischen Ministerpräsidenten bezüglich der Mitarbeit im FFR geschickt hat, ohne vorher den Beschluss der Mitgliederversammlung einzuholen. Für ihn steht fest, dass das Forum untrennbar mit

dem Ausbau des Flughafens verbunden ist. Dies zeige bereits die Überschrift der Pressemeldung des Landes Hessen vom 13.06.2008, in der zu lesen ist: „ Hessische Landesregierung beschließt Organisationsstruktur zur Fortsetzung des Dialogs zwischen Luftfahrtakteuren und der Region beim Ausbau des Frankfurter Flughafens“. Auch der Landtagsbeschluss vom 12.12.07- der ein Leitprinzip des FFR darstellt- trägt den Titel:“ Ausbau des Frankfurter Flughafens- den Anti-Lärm-Pakt verwirklichen“. Er erinnert daran, dass ursprünglich das Ergebnis der Mediation von der Kommunalen Runde als Leitprinzip für das FFR gefordert wurde. Dem sei die Hessische Landesregierung nicht gefolgt, so dass das Mediationsergebnis kein Leitprinzip des FFR sein wird.

Herr Will antwortet, dass vor einer tatsächlichen Mitarbeit der KAG im FFR noch ein Beschluss der Mitgliederversammlung eingeholt werde. Voraussichtlich wird hierzu noch dieses Jahr eine weitere Mitgliederversammlung statt finden.

Herr Quilling gibt zu bedenken, dass das Forum bereits installiert sei, obwohl die Bahn noch nicht gebaut ist. Daran sei zu erkennen, dass das FFR unabhängig vom Ausbau zu sehen sei. Neu I-senburg und andere Kommunen vertreten nach wie vor eine klare Position gegen den Ausbau. Er versichert, dass für Kommunen, die hinsichtlich ihrer Teilnahme am FFR noch unentschlossen sind auch die Möglichkeit besteht, später zum FFR hinzu zu stoßen.

Herr Schwarz kritisiert, dass es von politischer Seite in der Vergangenheit viele Versprechungen hinsichtlich der Entlastung der Bevölkerung gegeben habe , von denen letztlich nichts umgesetzt wurde (s. Anti Lärm Pakt). Seit 8 Jahren wurden der Bevölkerung eine gute Nachbarschaft, Zugum-Zug-Konzepte und Win-Win-Situationen versprochen. Bislang gab es nur eine ständige Optimierung des Luftverkehrs jedoch keine Entlastung der Bevölkerung. Herr Schwarz fordert von der Landesregierung Taten, bevor sich die Kommunen an einem weiteren Dialog beteiligen. Er stellt abschließend fest, dass es sich hierbei um seine persönliche Meinung handelt.

Herr Weiß sieht die bisherige Situation ähnlich wie Herr Schwarz, hofft jedoch, dass sich die Situation künftig verbessern wird. Zu klären ist aus seiner Sicht noch, wie sich die einzelnen Ebenen im FFR zueinander verhalten und wie das Expertengremium Aktiver Schallschutz besetzt wird.

Herr Jühe erwidert, dass die Kommunalen Vertreter in der Expertengruppe Aktiver Schallschutz auf die Zuarbeit/ Coaching anderer Kommunen angewiesen sein werden. Im Übrigen gibt das Expertengremium ASS seine Ergebnisse in die Fluglärnkommision, wo sie weiter beraten und beschlossen werden.

Herr Kowol (Stadt Wiesbaden) hat den Eindruck, dass das FFR lediglich dazu dienen soll, den Ausbau möglichst „geschmeidig abzuwickeln“. Auch er kritisiert, dass in der Vergangenheit keinerlei Verbesserungsvorschläge tatsächlich umgesetzt wurden (s. ALP im RDF, und Sammlung der Kommunalen Lärmentlastungsvorschläge in der Fluglärnkommision). Er fragt daher, wo die Unterschiede zwischen dem bisherigen Dialogforum und dem neu geplanten FFR liegen.

Herr Ockel erwidert, dass man in der Expertengruppe ASS sehr schnell fest stellen werde, ob von Luftverkehrsseite tatsächlich die Bereitschaft besteht, entsprechende Maßnahmen auch schnell umzusetzen. Ansonsten bestehe ja auch jederzeit die Möglichkeit, die Mitarbeit in diesem Gremium sofort zu beenden.

Herr Jühe erklärt, dass in der Fluglärnkommision eine Änderung der Haltung von Fraport und DFS erfolgt sei. Gegenüber früher sei jetzt eher die Bereitschaft vorhanden, Maßnahmen des aktiven Schallschutzes tatsächlich umzusetzen. Dies sei zwar kein Erfolgsversprechen aber eine verbesserte Ausgangsposition.

Herr Faulenbach schließt sich der Kritik der Vorredner an: Die Kommunen beteiligen sich an der Fortführung des Dialogs mit der Gewissheit, bislang an der Nase herum geführt worden zu sein.

Wer den Planfeststellungsbeschluss liest kommt zu der Erkenntnis, dass 10 Jahre Arbeit im RDF ohne Bedeutung sind.

Herr Schwarz gibt einen Hinweis und stellt zwei Fragen. Er weist darauf hin, dass der Landtagsbeschluss vom 12.12.07 zum ALP gegen die Stimmern der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen beschlossen wurde. Bei der derzeitigen Konstellation im Hessischen Landtag sei es daher nicht sicher, ob dieser Beschluss noch eine Landtagsmehrheit habe. Er fragt, warum die Bundesvereinigung gegen Fluglärm nicht als Mitglied in die Expertengruppe ASS aufgenommen wird. Außerdem fragt er Herrn Quilling, ob eine schriftliche Bestätigung der drei Vorsitzenden des FFR und der Hessischen Landesregierung an die KAG möglich sei, in der bestätigt wird, dass das FFR auch dann in der vom Kabinett beschlossenen Organisationsstruktur tätig sein wird, wenn der Ausbau von den Gerichten gekippt werden sollte.

Herr Quilling wird die Anregung zur Bundesvereinigung gegen Fluglärm aufnehmen und weiter geben. Gleiches gilt auch für ein Schreiben an die KAG mit der Bestätigung, dass das FFR unabhängig vom Ausbau zu sehen ist.

zu TOP 4 – Verschiedenes

Herr Faulenbach da Costa stellt kurz das neue Flughafenkonzept der Bundesregierung vor, welches auf einen generellen Ausbau von Großflughäfen wie Frankfurt und München abzielt. Beim Lesen habe er den Eindruck gehabt, als ob Mediation und Dialog nie statt gefunden hätten. Der durchgehende Nachtflugbetrieb ist nach Auffassung der Bundesregierung unverzichtbar für die Luftverkehrswirtschaft. Angestrebt werde von der Bundesregierung aus Gründen der internationalen Konkurrenzfähigkeit außerdem eine Verkürzung der Genehmigungsverfahren zum Ausbau von Flughafen. Das Papier, auf dessen Ausarbeitung die Kommunen bislang keinerlei Einfluss nehmen konnten, befinde sich momentan in der Länderabstimmung. Herr Faulenbach hat diesbezüglich zusammen mit der Geschäftsstelle einen Resolutionsentwurf vorbereitet (s. Tischvorlage).

Herr Jühe begrüßt die Resolution und schlägt vor, diese von weiteren Institutionen wie Fluglärmkommission, Bundesvereinigung gegen Fluglärm usw. beschließen und unterzeichnen zu lassen. Frau Luley soll den überarbeiteten Entwurf an Herrn Jühe mailen, der sich um den Kontakt mit den anderen Unterzeichnern kümmern wird.

Für die Richtigkeit

(Luley)